

# Hitler befördert Liebtnechts Mörder!

Der Kapitänleutnant v. Pflug-Hartung zum offiziellen Parteiredner der NSDAP. ernannt



Der Mörder  
Pflug-Hartung

Offizielle interne Bekanntmachung der Hitler-Partei: „In die Auslandsabteilung der NSDAP. wurde der bekannte Kapitänleutnant a. D. v. Pflug-Hartung (zur Zeit in Schweden) als Fachredner ab 15. Dezember berufen.“

Dieser Befehl ist mit Wissen, ja auf Anweisung von Adolf Hitler erlassen worden. Hitler macht einen abgefeimten Mörder zum Funktionär seiner Partei. Dem Pflug-Hartung war der Führer des Kommandos, das am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht im Tiergarten ermordete. Pflug-Hartung hat in der Gerichtskommission gegen die Mörder sich gerühmt, den ersten Schuß auf den Gründer der kommunistischen Partei abgegeben zu haben.

Pflug-Hartung wurde von seinen eigenen Komplizen freigesprochen. Denn die Regierung der Sozialdemokraten Ebert-Roske-Scheidemann übertrug das Verfahren dem Gericht der Gardelavallerie-Schützenbrigade, also den Freunden und Mitgeschickten der Mörder.

Der ganze Abhub der blutigsten und arbeiterfeindlichsten Reaktion, die Hohenzollernprinzen, die Generale v. Epp, Liebert, Maffow, die schlimmsten Vertreter des Hohenzollernregimes und die brutalsten Lohnräuber vom Schlage des Thyssen, sind Hitlers Kumpane.

Mit diesem Hitler verhandelt Brüning. Mit diesem Hitler ist die SPD. einig in der Wiederwahl Hindenburgs.

Macht Front gegen die Liebtnechtmörder-Partei! Macht Front gegen den Faschismus!

## „Ohne Notverordnung wären die Löhne noch tiefer“

Heilmann und die letzte Notverordnung  
Von Maria Reese

Im Heft 31 seiner Zeitschrift „Das freie Wort“ bringt Ernst Heilmann einen Leitartikel über „Die letzte Notverordnung“, der schon mit den charakteristischen Worten beginnt: „Die vierte Brüning'sche Notverordnung ist an Umfang und Inhalt gigantisch.“

Dann erklärt Herr Heilmann im Laufe des Artikels, daß diese Notverordnung nach seiner Auffassung die Preise nicht um 10 Prozent senken wird, dafür aber durch Herabdrücken des Reallohnes die Kaufkraft mindert und die Schrumpfung der Wirtschaft beschleunigen werde, aber was hört das alles einen großen Geist; die Notverordnung ist darum doch gigantisch.

Herr Heilmann muß „beweisen“, daß die Notverordnung ein Segen für die Arbeiterklasse ist, obwohl sie ihr große Nachteile bringt, und Herr Heilmann beweist das mit einer Unverkennbarkeit, die ihresgleichen sucht.

Nach Heilmann umfaßt diese „gigantische“ Notverordnung „einen sehr großen Teil des politischen und wirtschaftlichen Gesamtlebens der Nation“, und deshalb ist „ein einfaches Ja oder Nein zu dieser größten aller Notverordnungen unmöglich.“

Und weiter wagt Ernst Heilmann auf Seite 4 folgendermaßen zu fragen und zu antworten: „Wo ist doch auch die vierte Brüning'sche Notverordnung einseitig gegen die Arbeiter gerichtet? Man kann diese Frage nach Belieben bejahen und verneinen, je nachdem, welchen Maßstab man anlegt.“

Sozialdemokratischer Arbeiter, welchen Maßstab legen deine Führer an? Den des Unternehmers oder den des Arbeiters? Und nun kommt die offenerzogene Verteidigung der Notverordnung:

„Die Behauptung, daß Brüning nur die faschistischen Diktate kapitalistischer Spekulanten ausführe, ist nichts als eine demagogische Lüge.“

Die vierte Notverordnung bringt:

5 Milliarden Lohnaufbau.

900 Millionen Abbau der Beamtengehälter.

350 Millionen Streichung an Invalidenrenten.

400 Millionen Streichung an Unfallrenten.

Dafür Senkung der Vermögens-, Gesellschafts-, Grunderwerbs-, Wertzuwachssteuer, der Verzinsung für Steuerrückstände.

Aufhebung des Tarifrechts, Aufhebung der Betriebsratswahl, verschärfte Ausnahmezustand.

Erhöhung der Umsatzsteuer usw. usw.

Die Vertreter der Schwerindustrie äußerten sich darum in ihren Konferenzen durchaus zufrieden über die neue Notverordnung.

Daß die zahlenmäßig stark organisierte Arbeiterklasse einen Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lage führen könnte, ist Herrn Heilmann etwas so Wesensfremdes, daß es ihm gar nicht in den Sinn kommt, darauf einzugehen. Vielmehr weiß er gar nicht mehr, daß diese Arbeiterklasse eine unbefriedigte Macht ist in dem Moment, in dem sie den Kampf will, und daß nur die geistige Abriistung der SPD-Führerschaft breite Massen hindert, das zu erkennen. Die Bourgeoisie weiß es besser, warum sie einseitigen noch Brüning's Notverordnung durch die SPD. verteidigen läßt.

Damit ist sich auch Ernst Heilmann klar, genau wie die wirklich führenden Leute der SPD. Weil sie aber den Bolschewismus ebenso hassen, wie es die Bourgeoisie tut, weil sie wissen, daß das Proletariat, wenn es die Macht in der Hand hat, sie den SPD-Führern nicht mehr gutgläubig ausliefern wird, um verkauft zu werden, deshalb betreiben diese Herrschaften die Geschäfte der Bourgeoisie durch die geistige Abriistung des Proletariats, erfinden sie eine Fingergeschichte nach der anderen, um den Faschismus ausbauen zu helfen durch die Politik des kleineren Übels. So kommt folgerichtig auch Ernst Heilmann bei all der Erörterung über Nutzen und Schaden der Notverordnung zu der charakteristischen Schlussfolgerung:

„So schwer die kapitalistischen Notverordnungen auf den Lohnbrüden — ohne kapitalistische Notverordnungen, ohne Schlichter in der freien kapitalistischen Wirtschaft, würden bei der heutigen Kampfkraft der Arbeiterklasse die Löhne noch viel tiefer.“

Es lebe darum die Notverordnungspolitik!

## SPD. verbietet Ebert-Keden!

Zahlreiche kommunistische Versammlungen in Baden unterdrückt — Über Naziversammlungen erlaubt — Demonstrationen in Heidelberg — Die Angst vor dem kommunistischen Vormarsch

Mannheim, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Sämtliche Versammlungen in Dienstadt, Heidelberg, Neckarau, Waldhof usw., in denen Genosse Ebert für die nächsten Tage als Redner angekündigt war, sind verboten worden. Diese Maßnahme ist auf ein Redeverbot zurückzuführen, das der sozialdemokratische badische Innenminister Meyer gegen den ehemaligen Mannheimer Stadtpfarrer und jetzigen Kommunisten Ebert erließ.

Als gestern abend die zur Ebert-Versammlung in Heidelberg herbeigeströmten Massen von dem Verbot erfahren, bildeten sich große Demonstrationen. Zu Tausenden zogen die Demonstranten durch die Hauptstraßen der Stadt. Schließlich wurde ein riesiges Polizeiaufgebot eingesetzt.

Die Empörung der werktätigen Bevölkerung wurde noch dadurch gesteigert, daß die SPD-Regierung die gleichzeitig stattfindende nationalsozialistische Versammlung durchaus nicht verboten hatte.

Dabei gibt es nicht einmal einen formalen Grund für das Redeverbot gegen Ebert, da alle seine Versammlungen bisher ohne die geringste Störung verlaufen sind; trotzdem wurden die

kommenden Kundgebungen jetzt mit der Begründung verboten, daß sie die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährden. Gefährdet wird durch Eberts Reden allerdings die Stellung der Sozialdemokratie, denn in allen seinen bisherigen Versammlungen sind zahlreiche SPD-Arbeiter zur kommunistischen Partei übergetreten. Als ob man mit solchen Maßnahmen den Vormarsch der Kommunisten aufhalten könnte!

## Redeverbot für Polizeileutnant Giesecke

Der Polizeioberleutnant a. D. Giesecke, der vor dem Zutritt zum Weihnachtsburgfrieden in allen Teilen des Reiches in überfüllten Massenversammlungen der Roten Hilfe mit ausgezeichnetem Erfolg gesprochen hatte, war für den 10. Januar als Redner einer Massenversammlung der Roten Hilfe in Düsseldorf angelehnt. Die politische Polizei teilte dem Roten Hilfe mit, daß die Versammlung mit Giesecke als Redner nicht genehmigt sei. Der Polizeipräsident habe selbst die dahingehende Entscheidung getroffen. Für die Tendenz dieses Redeverbotes ist es charakteristisch, daß der Leiter der politischen Abteilung so nebenbei bemerkte, „daß man in so unruhiger Zeit doch nicht noch einen Polizeioberleutnant sprechen lassen könne“.

## SPD-Staatsfunktionär mit fliegenden Fahnen zu Hitler

Amthauptmann Burmeister zur NSDAP. übergetreten und von ihr als Kandidat aufgestellt

Im Amte Malchin in Mecklenburg fungierte der SPD-Funktionär Burmeister bis November 1931 als Amthauptmann. Am Abend vor der Amtsvertreterwahl, die am 1. November 1931 stattfand, erklärte er dann öffentlich seinen Austritt zur NSDAP. Am 18. Januar d. J. soll die Amtsversammlung stattfinden, die den Amthauptmann zu wählen hat. Von der NSDAP. wird Burmeister wieder als Amthauptmann vorge schlagen und wahrscheinlich auch gewählt.

Dieses Beispiel ist typisch für die innige Verbundenheit sozialdemokratischer Staatsfunktionäre mit Hitler. Sie brauchen noch nicht einmal ihre Ideologie zu wechseln, denn Predigt der

Klassenharmonie und Unterdrückung der Klassenkämpfe des Proletariats gehört zu ihren Aufgaben, ob sie das SPD-Mitgliedsbuch oder das NSDAP. in der Tasche haben. Sie dienen als SPD- oder Naziführer ein und demselben Herrn.

Das sollten sich die SPD-Arbeiter gesagt sein lassen und die Lehre daraus ziehen, daß Kampf gegen den Faschismus nur unter der Voraussetzung erfolgreich geführt werden kann, daß er sich gleichzeitig gegen die SPD-Führer richtet. Denn diese sind und bleiben nun einmal die Agenten der Bourgeoisie im Arbeiterlager. Und mit Beratern in den eigenen Reihen kann man nicht den Feind schlagen.

## SPD.-Minister stifteten 3000 Mark für russische Weißgardisten

Bad Nauheim, 8. Januar. (Eig. Drahtber.) Die hiesige russische Kirche, die einem weißgardistischen Verein in Berlin gehört und zuletzt im Jahre 1925 benutzt wurde, hat vom hiesigen Staat einen Zuschuß von 3000 Mark erhalten. Für das Staatsministerium ist der Sozialdemokrat Reuschner verantwortlich.

## Dem Hunger Ausgelieferte rebellieren

Kassel, 8. Januar. In dem Industrieort Oberkassungen bei Kassel kam es gestern abend zu großen Arbeitslosenunruhen. Bei 3500 Einwohnern zählt die Gemeinde 320 Wohlfahrtserwerbslose und 500 Zuschlagsempfänger. Obwohl die Verwaltung schon mit 120 Prozent der Wohlfahrtspayungen im Rückstand war, konnte sie auch gestern wegen angeblich völlig leerer Kassen keinen Pfennig auszahlen. Der Wohlfahrtserwerbslosen Demagogen schloß ungeheure Erregung, sie demolierten das Gemeindehaus und mißhandelten den Bürgermeister.

## SPD.-Wochenzeitung Danzigs verboten

Danzig, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Wochenzeitung für das Danziger Gebiet, die „Freiheit“, ist von der nationalsozialistischen Regierung verboten worden. Als Vorwand diente der Bericht über die Ermordung eines kommunistischen Arbeiters in Joppot durch bewaffnete Nazis.

## In drei Zeilen...

Der „Angriff“ ist wegen Berichtigungsmachung der Justiz und Klassenbege auf eine Woche verboten worden.

In Hamburg hat sich gestern Nacht ein Zusammenstoß zwischen einer SA-Abteilung und Arbeitern ereignet, bei dem fünf Nazis verletzt wurden, darunter drei schwer.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Fendrich, Berlin; für Anzeigen und Geschäftliche Mitteilungen Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH, Berlin. Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer 61 Berlin 5481.